



Dr. Stefan Kaufmann

11/2016
29.06.2016

Brief aus Berlin



Liebe Leserinnen und Leser,
wie viele von Ihnen war ich am Freitagmorgen konsterniert, als die Ergebnisse der Volksabstimmung in Großbritannien über den Ticker liefen. Bis zu jetzt hatte ich gehofft, dass die Mehrheit der Briten am Ende für den Verbleib Großbritanniens in der EU stimmen wird. Ich würde eines Besseren belehrt. Die Folgen dieser Entscheidung für Großbritannien, für uns in Deutschland, vor allem aber für die EU und ihre Organe sind noch immer unabsehbar. An diesem historischen Scheideweg für Europa kommt es nun darauf an, die richtigen Weichen zu stellen. Dies heißt zum einen, den britischen Freunden deutlich zu machen, dass es beim Vollzug des Austritts aus der EU nicht darum gehen kann, dass sich die Briten nun die Rosinen einer europäischen Zusammenarbeit herauspicken, sondern darum, einen Weg zu finden, wie die in Jahrzehnten gewachsenen Beziehungen auch nach einer Zeit in der EU weitergeführt werden können. Im Übrigen geht es letztlich nicht darum, ob es mehr oder weniger Europa geben muss, sondern ob dieses Europa erfolgreich ist. Das kann nur dann gelingen, wenn wir nochmals einen Schritt zurück gehen und neu darüber nachdenken, was gut und was weniger gut läuft in Europa. Denn sicherlich ist das Votum der Briten ein Stück weit symptomatisch für die Stimmung in vielen Ländern Europas. Die Aufgabe der Politik ist es nun, klug die nächsten Schritte zu setzen – im Bewusstsein, dass auch ein Europa mit nur 27 Staaten eine gute Entwicklung nehmen kann. Und noch ein letztes: vielleicht mag das Votum der Briten auch Beleg dafür sein, dass sich die politischen Entscheidungsträger etwas von den Menschen entfernt haben. Deshalb richtet sich das Votum auch an alle, die Verantwortung tragen; nämlich mit der Frage, ob wir die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen ausreichend ernst nehmen und ob wir die Menschen mit unserer Politik noch erreichen beziehungsweise wo wir besser werden müssen. In diesem Sinne kann das Votum der Briten auch etwas Gutes für unsere gemeinsame Zukunft haben.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

Impressum:

Dr. Stefan Kaufmann MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494
Fax: 030/227-76228
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:
stefan.kaufmann@bundestag.de

Trauer um die Opfer von Orlando



Berlin – Meine Gedanken sind bei den Angehörigen und Freunden der Opfer des Attentats in Orlando, Florida. Die schrecklichen Ereignisse haben mich erschüttert; ich trauere um die Toten. Vielen Dank an Bundeskanzlerin Angela Merkel für ihre klaren und einfühlsamen Worte. Sicher ist: Das Attentat richtete sich nicht nur gegen unsere freiheitliche Ordnung; es traf gezielt Schwule, Lesben und die gesamte LSBTTIQ-Community. Das muss uns aufrütteln und unsere tolerante Gesellschaft zusammenstehen lassen!

Deutsch-Russische Beziehungen im Blickpunkt

Berlin – Am vergangenen Mittwoch haben wir im Bundestag des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion gedacht. Fast 27 Millionen Menschen kamen durch den brutalen Feldzug Hitler-Deutschlands ums Leben, jedes zweite Opfer im Zweiten Weltkrieg war ein Bürger der damaligen Sowjetunion. Wir sind uns der Verantwortung, die aus diesem dunklen Kapitel deutscher Geschichte rührt, bewusst. Eingedenk dessen haben wir in der Debatte auch über das aktuelle Verhältnis zu Russland diskutiert. Das momen-

tan stattfindende Manöver von NATO-Truppen in Polen ist bereits auf dem NATO-Gipfel im Herbst 2014 in Wales beschlossen worden. Das Manöver zählt zu einer der Maßnahmen, die NATO auf Krisenfälle vorbereiten soll. Die Truppenübungen stellen daher keine besondere Provokation dar, sondern fallen in den Rahmen der Beschlüsse von Wales. Aus dieser Perspektive sind die Äußerungen des Außenministers Steinmeier, der von „Säbelrasseln“ spricht, unverständlich. Eines ist und war für die deutsche Regierung von

jeder klar: Neben der klaren Verteidigungsbereitschaft brauchen wir selbstverständlich auch den Dialog mit Russland. Gerade unsere Bundeskanzlerin sucht unermüdlich das Gespräch mit Präsident Putin. Auch der NATO-Generalsekretär hat neben der Verteidigungsbereitschaft den Dialog mit Russland für notwendig und richtig erklärt. Es geht also gerade nicht um „Säbelrasseln“, sondern um Verlässlichkeit im Bündnis und um ein gutes Verhältnis zu Russland – soweit dies mit Blick auf Russlands Machtstreben zu gestalten ist.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5% des BIP erhöhen!



Während meiner Rede im Plenum des Bundestages

Berlin – Am letzten Donnerstag habe ich in meiner Rede im Deutschen Bundestag die Erfolgsgeschichte der deutschen Wissenschaftspolitik gewürdigt. Anlass war die jährliche Debatte zum Bundesbericht Forschung und Innovation 2016 (BuFI) sowie das Gutachten der Expertenkommis-

sion Forschung und Innovation (EFI). Trotz der positiven Gesamtentwicklung gilt es jedoch eines im Blick zu halten: Deutschland darf seine internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren. Insbesondere China und die USA legen im Bereich Innovationen ein enormes Tempo vor. Deshalb müssen wir auch künftig vermehrt in Zukunftstechnologien investieren. Stillstand würde Rückschritt bedeuten! Aus diesem Grund habe ich mich dafür aus-

gesprochen, dass wir bis zum Jahr 2025 die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel betonte auf dem Wirtschaftstag beim Wirtschaftsrat der CDU, dass Europa seine Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen muss. Ich kann ihr nur beipflichten, dass die Digitalisierung eine Chance für die Europäische Union ist, die nur mit der Schlagkraft eines gemeinsamen Binnenmarkts wahrgenommen werden kann.

Hier finden Sie BuFI und EFI-Gutachten zum Nachlesen: <http://bit.ly/1V7gELR>, <http://bit.ly/1LuOm5F>

Brief aus Berlin



Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer

Wir bringen das Land voran:

Reform der Erbschaftsteuer

Die große Koalition hat sich auf eine Reform der Erbschaftsteuer geeinigt. Die CDU hat sich durchgesetzt: Kleinere und mittlere Unternehmen bleiben von der Erbschaftsteuer weitgehend verschont. Betriebsübergänge sind dadurch auch künftig erleichtert, Arbeitsplätze werden gesichert.

- **Wir stärken den Standort Deutschland:** Die Reform berücksichtigt die besondere Bedeutung der Familienunternehmen für unser Land. Wird der Betrieb fortgeführt, sind Steuerbefreiungen für Betriebsvermögen weiterhin möglich. So unterstützen wir die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes.
- **Wir sichern Arbeitsplätze:** Erben kleinerer und mittelgroßer Firmen können von der Erbschaftsteuer sogar weitgehend befreit werden. Voraussetzung ist: Sie müssen das Unternehmen und die Arbeitsplätze erhalten. Dies ermöglicht in vielen Betrieben die Übergabe an die nächste Generation.
- **Wir schaffen Rechtssicherheit:** Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden umgesetzt. Das Gesetz soll jetzt zeitnah beraten und beschlossen werden, um – dann rückwirkend – zum 1. Juli 2016 in Kraft zu treten. Unternehmen im Übergang können damit für die Zukunft planen.
- **Wir halten die Koalitionsvereinbarung ein:** Die neue Erbschaftsteuer ist verfassungsfest und mittelstandsfreundlich. Sie bleibt den Ländern weiterhin als wichtige Einnahmequelle erhalten.

Die CDU ist der Garant für Wachstum und Beschäftigung. Wir sorgen für die richtigen Rahmenbedingungen. Wir stehen für eine stabile Wirtschaft. Davon profitieren die Menschen in Deutschland.



Berlin – Nach mehreren Gesprächsrunden zwischen CDU, CSU und SPD konnte letzte Woche endlich eine Einigung über die Erbschaftsteuerreform erzielt werden. Damit wird der

des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014 und trägt der Bedeutung der Erbschaft- und Schenkungsteuer für eine gerechte Vermögensverteilung in Deutschland Rechnung.

Diskussion zu sozialverträglichen Studiengebühren



Witten – Bereits am 11. Juni habe ich an einer Podiumsdiskussion anlässlich des 21. Geburtstages der Studierenden Gesellschaft Witten/Herdecke e.V. teilgenommen. Dort haben die Studierenden selbst 1995 ein bis heute leider einmaliges Modell nachgelagerter Studiengebühren etabliert. Heute hält die Gesellschaft 25 Prozent der Anteile der Universität und hat

an der Börse Düsseldorf sogar eine Anleihe emittiert. Über diesen sogenannten umgekehrten Generationenvertrag und die – meines Erachtens zu Recht – aktuell wieder aufflackern- de Diskussion zu nachgelagerten sozialverträglichen Gebühren habe ich mich unter anderem mit dem Präsidenten des Deutschen Studentenwerks, Prof. Dieter Timmermann (links), und der taz-Journalistin Anna Lehmann (2.v.l.) auf einem Podium unterhalten. Hat Spaß gemacht – und trägt hoffentlich dazu bei, die öffentliche Diskussion neu anzustossen.

Modell für eine offene Universität



Studium auf Englisch - mit kostenlosen Online-Kursen (MOOCs). Derzeit sind 1.250 Studierende vor allem aus Syrien, Somalia, Eritrea und Afghanistan eingeschrieben. Ende des Jahres sollen es schon 5.000 sein. Ein

Berlin – Vergangene Woche besuchte ich die erst jüngst mit der Heuss-Medaille der Theodor Heuss Stiftung ausgezeichnete Initiative Kiron Open Higher Education. Die vor rund 18 Monaten von Studierenden gegründete Kiron University ermöglicht ein

toller und bereits vielfach ausgezeichnete Beitrag zur Integration und Teilhabe von Flüchtlingen! Respekt und Dank an das rund 50 Personen starke Team - und die Macherinnen und Macher, unter anderem Hila Azadzoy (links) und Marius Brenzinger (2.v.r.).

Wie gelingt Integration in den Arbeitsmarkt?



Peter Altmaier während seiner Rede © CDU/CSU-Fraktion

Wirtschaftsexpertinnen teilnahmen. Fraktionsvorsitzender Volker Kauder sprach sich für eine schnelle Integration all derer aus, die eine Bleibeperspektive haben. Voraussetzung

Berlin – Mehr als eine Million Menschen sind im vergangenen Jahr als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Bei der Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen sind zwischenzeitlich große Fortschritte erzielt worden. Klar ist indes: Integration wird langfristig nur gelingen, wenn die Flüchtlinge selbst, aber auch Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu einer Kraftanstrengung bereit sind. Welche Rolle insbesondere die Wirtschaft dabei spielt, war Thema eines Kongresses der Unionsfraktion am vergangenen Mittwoch im Bundestag, an dem neben meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion, Vertreter aus den Ministerien und

dafür sei allerdings, dass sich die Zugezogenen verständigen können. „Die deutsche Sprache ist das Wichtigste, aber gleich danach kommt die Ausbildung.“ Ein denkbare Modell sehe ich in der Koppelung von Arbeit und Ausbildung. So könnten junge Flüchtlinge einen halben Tag arbeiten und einen halben Tag Sprachunterricht nehmen. Aus der momentanen Herausforderung können so langfristig große Chancen für die deutsche Wirtschaft entstehen. Deutschland hat zwar hervorragende Fachkräfte, doch gleichzeitig muss dafür gesorgt sein, dass dieses Angebot auch vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft erhalten bleibt.

Brief aus Berlin



Bürgersprechstunde in Stuttgart-Nord



Stuttgart – Meine monatliche Bürgersprechstunde habe ich

vergangene Woche im Nordbahnhof-Viertel mit einer Standaktion im Freien durchgeführt. Trotz des nicht unbedingt schönen Wetters sind wir auf reges Interesse gestoßen. Mit dabei war auch Bezirksbeirat und Integrationsbeauftragter der CDU Stuttgart André Tezulas (links im Bild). Meine nächste Bürgersprechstunde findet am **1. Juli vor dem REWE-Markt in der Vaihinger Straße 49 in Stuttgart-Möhringen** statt.

Beim Kliniken-Radio Bietigheim-Ludwigsburg



Bietigheim-Bissingen – In Bietigheim-Bissingen habe ich sehr gerne ein Live-Interview beim Kliniken-Radio Bietigheim-Ludwigsburg gegeben. Auch die Region muss gepflegt werden. Mein Interviewer war Dithard Walterscheid, langjähriges aktives Mitglied der CDU Stuttgart, unter anderem in der Kommunalpolitischen Vereinigung.

Was tun gegen Demenz?



Mannheim – Vergangene Woche habe ich das Institut für Studien zur psychischen Gesundheit ISPG in Mannheim besucht. Mit dem Leiter des ISPG, Prof. Dr. Georg Adler, tauschte ich mich über aktuelle Herausforderungen klinischer

Mehr zur Arbeit des ISPG finden Sie hier: www.ispg-mannheim.de

Forschung und bessere politische Rahmenbedingungen aus. Aktuelle Forschungsergebnisse zu Alzheimer-Demenz und die große Bedeutung einer rechtzeitigen und differenzierten Diagnose waren danach Inhalt einer Diskussion mit Dr. Edith Schneider von Lilly Deutschland. Wichtig ist die Früherkennung von demenziellen Erkrankungen, wofür seitens der Politik die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden müssen.

Europameisterschaft: Viel Glück für das Viertelfinale!



Nach einer überzeugenden Vorrunde und einem schönen Achtelfinalsieg gegen die Slowakei steht unsere Nationalelf nun verdient im Viertelfinale. Für das Viertelfinale gegen Italien wünsche ich unseren Jungs alles Gute!

Hinweis:

Dieter Baacke Preis für medienpädagogische Projekte

5 mal 2.000 Euro sind in fünf Kategorien für medienpädagogische Projekte zu vergeben. Die Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zeichnen mit dem Dieter Baacke Preis beispielhafte Projekte aus, die einen kreativen, kritischen Umgang mit Medien vermitteln, sowie Medienkompetenz fördern. Bewerbungsschluss ist der 31. August. Anmeldung unter www.dieterbaackepreis.de

Wirtschaftsexperten zum Thema China



Stuttgart – Zu Gast in meiner Wirtschaftsexpertenrunde war vergangenen Montag Mike de Vries, Geschäftsführer der ZhongDe Metal Group GmbH. Er hat uns über das spannende

Projekt der Metal Eco City, einer umweltfreundlichen „Stadt des Mittelstands“ in der Millionenmetropole Jieyang, im Osten der südchinesischen Provinz Guangdong, berichtet. Als Partner für dieses spannende und ehrgeizige Projekt haben sich die Chinesen das Mittelstandsland Baden-Württemberg ausgesucht. Herzlichen Dank für den spannenden und gewinnbringenden Vortrag. Mehr zum Projekt der Metal Eco City erfahren Sie hier: www.metal-eco-city.com

Besuch beim Wiley-VCH Wissenschafts-Verlag



Weinheim – Sehr gerne habe ich vergangene Woche den Wiley-VCH Verlag in Weinheim

besucht – einen der größten Wissenschaftsverlage Europas für Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaft mit über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (darunter über 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler) in Weinheim und Berlin. Themen waren unter anderem die Herausforderungen für die Verlage durch Open Access und Open Science.

Treffen mit OB Thomas Kufen



Essen – Die CDU kann Großstadt, wie unter anderem der

Essener OB Thomas Kufen zeigt, den ich vorvergangene Woche in Essen getroffen habe. Es war ein gutes und anregendes Gespräch über Themen wie „CDU in der Großstadt“, Gemeinsamkeiten zwischen Essen und Stuttgart und die Ehe für Alle. Ich danke dem OB für den freundlichen Empfang und freue mich auf den Gegenbesuch im Oktober!